



**EUROPÄISCHE UNION**

Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

## **STEUERWETTBEWERB IN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IN EUROPA**

**Doz. Dr. Michael Reiterer**  
**Botschafter**

**Steuerwettbewerb: Fluch oder Segen?**  
**ZHAW School of Management and Law, Winterthur**  
**25. November 2010**

**Check Against Delivery**  
**Seul le texte prononcé fait foi**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

- Die EU ist für den Steuerwettbewerb und mir obliegt nun die delikate Aufgabe dies in einem Land zu erklären, das laut Umfrage des SonntagsBlick vom 21. November 2010 mehrheitlich (54%) den Steuerwettbewerb "schlecht findet", ganz besonders die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer (61%).

### Steuerhoheit der Mitgliedstaaten

- Innerhalb der Europäischen Union ist es Sache eines jeden Mitgliedstaates die Regeln für Steuern, Sozialabgaben und Gebühren für staatliche Leistungen festzulegen – daher gilt bei Entscheidungen auf der Ebene der Union Einstimmigkeit. Jeder Staat, jedes Land, jede Gemeinde hat dabei verantwortungsvoll vorzugehen, um sicherzustellen, dass das für die Erbringung der öffentlichen Leistungen notwendige Kapital eingehoben werden kann und nur finanzierbare Verpflichtungen eingegangen werden.
- Da jedes Land für sich die Abgabensysteme mit der Bemessungsgrundlage und den Steuersätzen gestalten kann, kommt es automatisch zu Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten.

### Rahmenbedingungen des EU-Vertrages

- Von Seiten der EU haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet vier wesentliche Grundsätze zu beachten:
  1. Eine Steuer oder andere Abgabe darf **nicht** gegenüber Personen oder Unternehmen aus einem anderen Mitgliedstaat **diskriminieren**.
  2. Die jeweilige Steuer darf die Ausübung der im EU-Vertrag enthaltenen **Grundfreiheiten** – Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit – **nicht beeinträchtigen**. Dieser Bereich repräsentiert den grössten Teil der Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen einen der Mitgliedstaaten.
  3. Eine Steuer oder eine Abgabe darf nicht so ausgestaltet werden, dass sie indirekt wie eine **Staatsbeihilfe** zugunsten von bestimmten Wirtschaftsbeteiligten wirkt.
  4. Für die Mitgliedstaaten der EURO-Zone gibt es darüber hinaus noch die Verpflichtung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (**Grenzen der Staatsverschuldung**). Das kann, wie die gegenwärtige Diskussion um Griechenland, Portugal und Irland zeigt, eventuell auch dazu führen, dass neue Steuern erhoben werden müssen oder die Steuersätze bei bestehenden Steuern erhöht werden müssen.

### Harmonisierung in der EU durch Richtlinien

- Die Europäische Union hat im Bereich der Steuern auch Richtlinie zur Harmonisierung verabschiedet.
- In erster Linie haben diese Richtlinien die **Mehrwertsteuer** zum Gegenstand, die nicht nur stark den freien Warenverkehr und den freien Dienstleistungsverkehr beeinflusst sondern darüber hinaus auch mit einem Satz von 0,5 % an der Bemessungsgrundlage zu den Eigenmitteln der Europäischen Union gehört.

- Hier gibt es eine hohe Reglungsdichte bei der Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage und insbesondere auf den für das Funktionieren des Binnenmarktes wichtigen Ort der Besteuerung. Daneben ist ein Mindestsatz von 15% für die Mehrwertsteuer vorgeschrieben, mit der Möglichkeit niedrigere Steuersätze für bestimmte Kategorien von Lieferungen und Leistungen vorzusehen.
- Auch die **Verbrauchssteuern** (Akzisen) wie Mineralölsteuer, Tabaksteuer und Steuern auf alkoholische Getränke sowie Energiesteuern sind durch Richtlinien harmonisiert worden, soweit dies für das Funktionieren des freien Warenverkehrs absolut erforderlich ist.
- Im Bereich der **Besteuerung von Gesellschaften** hat die Europäische Union nur Richtlinien erlassen, die für miteinander verbundene Unternehmen bei grenzüberschreitenden Aktivitäten zwischen den Mitgliedstaaten die Befreiung von der Quellensteuer im Zahlstaat vorsehen. Diese Befreiung betrifft nur die Zahlung von Dividenden, Lizenzgebühren und Zinsen.
- Diese Regelung war für notwendig erachtet worden, da nicht alle Mitgliedstaaten miteinander Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hatten und die Quellenbesteuerung im Zahlstaat zu einer Beeinträchtigung der Niederlassungsfreiheit und des freien Kapitalverkehrs führen kann.
- Interessanterweise hat die Schweiz darauf bestanden als einziger Staat außerhalb der Europäischen Union in diese Harmonisierung mit eingebunden zu werden, die gerade Holding-Gesellschaften in der Schweiz besseren Zugang zum Binnenmarkt einräumt.
- Das war eine Konzession der Europäischen Union für den Abschluss des Vertrages über die Zinsbesteuerung.
- Die Besteuerung von Personen ist grundsätzlich Sache der Mitgliedstaaten; die Union hat daher bislang nur eine Maßnahme gesetzt, die **Zinsbesteuerungsrichtlinie**. Dies war durch die Erleichterung von grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen und dem Ausbau des freien Kapitalverkehrs notwendig geworden.
- Wichtig ist, dass es bei dieser Richtlinie gerade nicht um die Harmonisierung von Steuern geht. Im Gegenteil werden die unterschiedlichen nationalen Systeme gestärkt indem ein verbesserter Informationsaustausch die korrekte Anwendung der jeweiligen nationalen Abgaben ermöglichen soll. Mehr Wettbewerb und Liberalisierung soll zu einer besseren Leistung führen und nicht zur Erleichterung von Steuerhinterziehung.
- In diesem Sinne ist auch die **Amtshilferichtlinie** hervorzuheben. Ohne effiziente Amtshilfe kann ein Binnenmarkt mit verschiedensten Systemen nicht funktionieren.

### **Unterschiedliche Steuersysteme in den Mitgliedstaaten**

- Aus den jeweiligen Traditionen der Mitgliedstaaten haben sich innerhalb der EU in den Mitgliedstaaten ganz unterschiedliche Systeme entwickelt. Politisch geht es dabei um die Leistungen, die nach den **Erwartungen der Gesellschaft** der Staat zugunsten seiner Bürger und Unternehmen erbringen soll. Stimmt die Erwartungshaltung mit dem Angebot überein herrscht Zufriedenheit und ein wesentlicher Anreiz zu einem "steuersparenden" Verhalten entfällt.

- Inhaltlich betreffen diese **staatlichen Leistungen** unter anderem die äussere und innere Sicherheit (Militär, Polizei, Justiz,...), die Gesundheitsvorsorge (Bau von Krankenhäusern, Lebensmittelüberwachung,...), Infrastruktur (Strassen, Bahn, Häfen, Post, Telekommunikation,...) oder Bildung und Forschung (Schulen, Universitäten, Lehrer, ...).
- Jeder Staat kann für sich entscheiden, welche Leistungen er erbringen will und wie die **erforderlichen Mittel** für die Leistungen aufzubringen sind. Hier finden sich unterschiedliche Konzeptionen.
- Das fängt an bei den Systemen der sozialen Sicherung. Einige Mitgliedstaaten der EU finanzieren beispielsweise medizinische Leistungen über Steuern, wie beispielsweise beim Britischen National Health Service. Andere bezuschussen über die Mehrwertsteuer die Systeme der Altersvorsorge. Oder in Luxemburg werden 4% der Gewinnsteuer von Gesellschaften in die Arbeitslosenversicherung mit eingezahlt.
- Unterschiede sind gleichfalls gross bei den sogenannten direkten Steuern, die Besteuerung von Unternehmensgewinnen oder die Besteuerung der Einkommen von Privatpersonen.
- Es gibt also kein einheitliches EU-Steuersystem, sondern 27 verschiedene Systeme.

### Vom Steuerwettbewerb

- Im Bereich der **direkten Steuern** tritt der Steuerwettbewerb besonders zu Tage, da steuerliche Optimierungsstrategien bei Investitionsentscheidungen eine Rolle spielen, auch wenn sie nicht immer von zentraler Bedeutung sind. Politische Stabilität, die Qualität der Infrastruktur, die Qualität von Arbeitskräften sowie die Lebensqualität im allgemeinen sind ebenfalls wichtige Faktoren.
- Grundsätzlich gilt die Regel: je mobiler der Produktionsfaktor umso höher ist die Bedeutung der Besteuerung, oder besser der Steuerlast, für die Investitionsentscheidung.
- Bei der Ermittlung der Steuerlast sind zwei Faktoren von Bedeutung, einmal der Steuersatz und zum anderen die Bemessungsgrundlage.
- In Bezug auf die Bemessungsgrundlage kann die erleichterte Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben oder höhere steuerliche Abschreibungen von Sachinvestitionen dazu führen, dass trotz eines höheren Steuersatzes eine reduzierte Bemessungsgrundlage zu einer geringeren Steuerlast führt. 15% von 100 sind halt mehr als 25% von 50.
- Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass im Bereich der Gesellschaftssteuer Systeme mit einem höheren Steuersatz aber erleichterten Abschreibungsbedingungen einen Anreiz für Investitionen schaffen, da Sachanlagen, wie neue Maschinen gut zum Steuersparen eingesetzt werden können. Das reduziert die relativen Nettokosten der Investition. Ausserdem schaffen höhere Abschreibungen Anreize Wirtschaftsgüter schneller zu ersetzen und damit auch die Produktionsfaktoren Maschine/Kapital auf einem neueren Stand zu halten, was industriepolitisch zu Effizienzgewinnen führen sollte.
- Man könnte daraus schließen: Hohe Steuersätze haben also durchaus eine positive Seite.

- Allerdings: Untersuchungen haben ergeben, dass Unternehmer bei Investitionsentscheidung grundsätzlich auch steuerliche Aspekte berücksichtigen, wobei jedoch einseitig der Steuersatz betrachtet wird. Die Bemessungsgrundlage ist als Konzept meistens zu komplex und entzieht sich einer einfachen Darstellung. Zum anderen sind die Vorteile einer günstigeren Bemessungsgrundlage im Vorfeld einer Investitionsentscheidung schwierig zu quantifizieren.
- Dieser Aspekt gibt der Politik Recht, in der öffentlichen Diskussion besonders auf den Steuersatz zu achten.
- Auf Wikipedia findet sich hierzu eine nette Illustration, die jedoch nach den Informationen der EU nicht mehr die aktuelle Situation widerspiegelt: Die tax-cut-base-broadening Methode treibt immer buntere Blüten. Aktuell hat Tschechien eine "flat tax" mit einem Steuersatz von 15 % eingeführt und hat damit scheinbar eine niedrigere Steuer als die Slowakei mit 19%. Bemessungsgrundlage für die Steuer in der Tschechischen Republik ist jedoch das "Superbruttoeinkommen" bei dem die Lohnnebenkosten zum Bruttoeinkommen hinzu addiert werden. Bei gleicher Bemessungsgrundlage wie in der Slowakei müsste der Steuersatz dagegen mindestens 20 % betragen und wäre damit höher als dort.
- Zur Förderung der Transparenz und damit eines effizienteren Steuerwettbewerbes wird die Kommission eine **einheitliche Bemessungsgrundlage** basierend auf Vermögen, Gehälter und Umsatz vorschlagen, die mehrere Vorteile hat: von der gleichen Basis ausgehend könnte man sich darauf verlassen, dass 10 % Steuerbelastung tatsächlich günstiger ist als 20%; weiters wäre dieses System von großem Vorteil für KMUs, die im Unterschied von Grossunternehmen nicht die Möglichkeit haben, beispielsweise durch Transferpreise die Gewinne in dem Land zu generieren, das die günstigsten Steuerbedingungen anbietet. Das ist also keine Maßnahme zur Verhinderung, sondern zur Förderung des Wettbewerbs.
- Das die Sache nicht so einfach ist, zeigt schon ein Blick auf die unterschiedlichen Systeme der EU:
  - Da gibt es einmal Länder mit höheren Steuersätzen (alle Ebenen kumuliert), wie zum Beispiel Malta mit 35%, Frankreich mit 33,3%, Deutschland mit 29,8% (Körperschaft- und Gewerbesteuer), Luxemburg mit 28,59% und das UK mit 28%, wobei die Steuer am Gesamtaufkommen der Haushalte zwischen 4 bis 9 % beitragen.
  - Am unteren Bereich der Steuersätze rangieren Irland mit dem Satz von 12,5 % und Bulgarien mit dem noch attraktiveren Satz von 10 %. Auffällig ist dabei, dass in beiden Ländern trotz des niedrigen Steuersatzes, die Besteuerung von Gesellschaften über 9 % des Gesamteinkommens ausmachen: in Irland 9,5% und in Bulgarien 9,3 %.
  - Ein besonderes System weist Estland auf, das nicht ausgeschüttete (thesaurierte) Gewinne gar nicht besteuert, jedoch auf ausgeschüttete Dividenden den Steuersatz von 21% anwendet und damit ungefähr 5,1% des Steueraufkommens abdeckt.

## **Zum unlauteren (unfairen) Steuerwettbewerb**

- Seit den 70er Jahren, also nach der Errichtung der Zollunion zwischen den EU Mitgliedstaaten, haben viele Mitgliedstaaten Steuervorschriften erlassen, mit denen speziell der äußerst flexible Produktionsfaktor Kapital durch günstige Sonderbedingung in das entsprechende Land geholt werden soll.
- Bekannt wurde das Irische Steuerregime für internationale Finanzunternehmen für die ein niedrigerer Steuersatz von 10 % zur Anwendung kam. Ein anderer Fall betrifft die Belgischen Koordinierungszentren, die eine Steuerbefreiung für bestimmte, im Ausland durchgeführte Aktivitäten vorsah
- Diese speziellen Steuerregime hatten verschiedene Gemeinsamkeiten. Günstigere Steuersätze oder gar komplette Steuerbefreiungen kamen zur Anwendung, wenn ein Unternehmen Finanzierungs- oder Managementaufgaben in ein Land verlegte, in dem es wirtschaftlich eigentlich nicht aktiv war (da gibt es einige Paralleltäten zu den kantonalen Steuerregime in der Schweiz für Holdinggesellschaften, Gemischte Gesellschaften und Verwaltungsgesellschaften).
- Die Umstrukturierung erlaube den die Regime nutzenden Unternehmen ihre Steuerlast deutlich zu reduzieren und führte in den Produktions- und Vertriebsländern mit wirtschaftlicher Aktivität zu empfindlichen Einbussen an Steuersubstrat.
- Die stetig weiter um sich greifenden steuerlichen Spezialregime (dergleichen war früher als Strategie zur Entwicklung von Dritte-Welt –Ländern empfohlen worden) haben auf internationaler Ebene zu Reaktionen geführt.

## **Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs in der EU (Code of Conduct)**

- Im Dezember 1997 verständigten sich im Rat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union darauf, den schädlichen Steuerwettbewerb zu beenden. Sie verpflichteten sich keine weiteren schädlichen Steuerregime zuzulassen (Stillhalteverpflichtung) und die bestehenden Praktiken, soweit sie als steuerschädlich eingestuft wurden, zurückzunehmen.
- Die folgenden Kriterien wurden zur Beurteilung als potentiell schädliche Maßnahme unlauteren Steuerwettbewerbs herangezogen:
  - eine effektive Steuerbelastung, die deutlich niedriger liegt, als die allgemeine Steuerbelastung in dem betreffenden Staat;
  - Steuererleichterungen werden ausschließlich Nichtansässigen gewährt;
  - steuerliche Anreize für Aktivitäten, die von der Binnenwirtschaft abgegrenzt sind und dadurch keinen Einfluss auf den Steuerertrag der national tätigen Unternehmen haben;
  - Gewähren von Steuererleichterungen ohne tatsächliche wirtschaftliche Aktivität;
  - die Grundlage für die Gewinnberechnung von Gesellschaften als Teil multinationaler Unternehmen steht nicht im Einklang mit international akzeptierten Regeln, insbesondere denen der OECD; und
  - fehlende Transparenz..

Generell niedrige Steuersätze sind keine unfaire Maßnahme.

- In einem ersten Bericht wurden 1999 unter Vorsitz der Britischen Staatssekretärin *Primarolo* (sie trug den für kontinentale Ohren fremd anmutenden Amtstitel Generalzahlmeister /Paymaster-General) wurden über 70 Steuerregime der Mitgliedstaaten und deren überseeische Territorien begutachtet und 66 als schädlich eingestuft.
- [illustre Liste der Maßnahmen am Ende des Hintergrund-Dokuments]
- Anlässlich der Erweiterungen 2004 und 2007 wurde die Liste um die Maßnahmen der neuen Mitgliedstaaten ergänzt.

### **Verstärkte Anwendung des Beihilfenverbots**

- Die Kommission ihrerseits verpflichtete sich beim "Code of Conduct", dem Verhaltenskodex zur konsequenten Anwendung der Vorschriften über die Staatsbeihilfen.
- Der erste Fall der größeres Aufsehen erregte, betraf in Irland die spezielle Gesellschaftssteuer von 10 % für internationale Finanzgesellschaften, wobei der normale Steuersatz für alle anderen Aktivitäten bei 20% lag. Irland wurde im Rahmen der Beihilfenvorschriften verpflichtet diese Sondervorschrift abzuschaffen und einen einheitlichen Steuersatz für alle wirtschaftlichen Aktivitäten vorzusehen. In der Umsetzung der Entscheidung hob Irland das Sonderregime auf und reduzierte seinen allgemeinen Steuersatz unter Verbreiterung der Steuerbasis auf 12,5%.
- Ein weiterer Fall, der viel Aufsehen erregte, betraf das Luxemburger Holding Regime von 1928. Hier hatte Luxemburg im Rahmen der Rückführungsmassnahmen zum "Code of Conduct" den 2005 Gebrauch der Holding-Regeln durch die Einführung von Obergrenzen eingeschränkt. Der Europäischen Kommission war diese Begrenzung jedoch nicht gut genug, da sich durch die reduzierte Relevanz nichts and der prinzipiellen Einstufung als unzulässige Beihilfe geändert hat. 2006 wurde ein Verfahren gegen Luxemburg eröffnet.
- Innerhalb der Europäischen Union sind die schädlichen Maßnahmen des Steuerwettbewerbs weitgehend zurückgeführt worden.

### **Internationale Ausrichtung**

- Die OECD arbeitet schon seit langem an Leitplanken für einen fairen Steuerwettbewerb inklusive die Vermeidung von Steuerflucht – 1998 veröffentlichte sie den Bericht über schädliche Steuerpraktiken. Auch das neu geschaffene internationale Forum der G20 hat sich dieses Themas angenommen. Natürlich sind auch die EU Mitgliedstaaten daran interessiert, das in der Union geforderte verantwortungsvolle Handeln im Steuerbereich global, im Rahmen der OECD und daher auch im bilateralen Verhältnis mit Drittstaaten stärker zur Geltung zu bringen.
- Die Mitteilung der Kommission vom 28.4.2009 über die Förderung verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich wurde im Rat ausführlich besprochen. Danach wurde die Kommission beauftragt mit der Schweiz und Liechtenstein zu sondieren, ob und unter welchen Bedingungen ein Dialog über den Verhaltenskodex zur

Unternehmensbesteuerung zu sondieren. Ziel soll eine Verständigung über allgemein anzuwendende Prinzipien des fairen Steuerwettbewerbs sein.

- Neben dem fairen Steuerwettbewerb gehören noch die Prinzipien von Transparenz, Verwaltungskooperation (Informationsaustausch) und die Besteuerung von Zinseinkünften zu den relevanten Themen.
- Neben den EFTA-Ländern Schweiz, Norwegen und Liechtenstein gehören die räumlich in der Europäischen Union liegenden Kleinstaaten Monaco, San Marino und Andorra zu den wichtigsten Gesprächspartnern.

### **Schlussbemerkung**

- Die Europäische Union befürwortet den Steuerwettbewerb (beim gegenwärtigen Stand der Integration gibt es dazu auch keine Handlungsalternative).
- Der Steuerwettbewerb sollte mit fairen Mitteln geführt werden und zwar sowohl innerhalb der EU als auch international.
- Die EU würde sich wünschen, dass auch die Schweiz Hand reicht zu einer Verständigung über die Prinzipien fairen Steuerwettbewerbs an dem sich dann die einzelnen Maßnahmen überprüfen lassen können.



## GENERAL BACKGROUND INFORMATION

### Overview

The Commission in its Communication "Tax Policy in the European Union - Priorities for the years ahead" ([COM\(2001\) 260](#)) of 23 May 2001 stated its belief that taxes on personal income may be left to Member States even when the European Union achieves a higher level of integration than at present (see [IP/01/737](#) and [MEMO/01/193](#)). At the same time the Commission acknowledged that co-ordination at EU level is in some cases necessary to safeguard the application of the Treaty freedoms and to eliminate tax obstacles to cross-border activities. The Commission also referred to the need to co-ordinate personal income taxes to prevent double taxation or unintentional non-taxation in cross-border situations, or to tackle cross-border tax evasion.

The [European Court of Justice](#) has consistently held that, in the absence of harmonisation, taxes on personal income fall within the competence of the Member States but they must respect the fundamental Treaty principles on the free movement of workers, services and capital and the freedom of establishment (Articles 39, 43, 49 and 56 of the [EC Treaty](#)). In particular, there must not be any direct or indirect discrimination on the basis of nationality, nor may there be any unjustified restrictions to the four freedoms.

Moreover, in more general terms, the Treaty provides that every citizen of the Union has the right to move and reside freely within the territory of the Member States (Article 18 of the Treaty). It should be noted that the applicability of the four freedoms is extended to Norway, Liechtenstein and Iceland through the [Agreement creating the European Economic Area](#) (Articles 28 to 45).

The Communications on the taxation of [pensions](#) of April 2001 and [dividends](#) of December 2003 are the first two examples of the Commission's new approach to achieve a co-ordinated response from Member States to important case-law of the European Court of Justice and eliminate tax obstacles to the Internal Market. Both Communications stress that Member States are free to choose their pension and dividend taxation systems as long as they respect the four freedoms of the EC Treaty.

Respect for the Treaty freedoms is equally important in the area of [migrant and cross-border workers](#), where the European Court of Justice has already given a number of rulings on the taxation of persons earning income in Member States other than where they live.

[Double taxation agreements](#) form an integral part of Member States' tax rules, and the personal tax rules included in these agreements have to remain within the boundaries set by the EC Treaty, just like any other national laws.

Finally, the need to avoid distortions to the movement of capital and the need to ensure effective taxation of interest payments received by individuals in Member States other than the Member State of residence have led to the adoption of a [Directive on the taxation of savings income in the form of interest payments](#). This Directive enables such interest payments to be made subject to effective taxation in accordance with the laws of the Member State of residence.

In October 2001 the Commission presented its new plans for the coming years for **company taxation** in the European Union in a Communication ([COM\(2001\) 582](#) of 23/10/2001) based on a detailed [study](#) (see also press release [IP/01/1468](#) and frequently asked questions

[MEMO/01/335](#)). The Communication identified several steps which could be taken to remove individual tax obstacles to cross-border trade in the Internal Market and the Commission and Member States are currently discussing these. However, the Commission also concluded that in the longer term Member States should agree to allow EU companies to use a single consolidated base for computing tax on their EU-wide profits.

The Commission has since been engaged in intensive follow-up work both on various individual measures to address specific problems in the company tax field and on its long-term proposals for a [common tax base](#).

The Commission presented a follow-up Company tax Communication in November 2003 ([COM \(2003\) 726](#) - see also press release [IP/03/1593](#) and frequently asked questions [MEMO/03/237](#)) confirming the commitment taken in the 2001 strategy,

- reviewing its efforts to remove obstacles affecting businesses operating within the Internal Market and
- presenting ideas for a pilot scheme that would allow small and medium-sized enterprises to use the tax rules of their home state for computing their EU-wide taxable profits.

In 2005 the Commission proposed a re-launching of the Lisbon strategy, with the focus on growth and jobs ([COM \(2005\) 24](#) of 2.2.2005 and [COM\(2005\) 330](#) final of 20.07.2005). The contribution of taxation and customs policies to the Lisbon strategy was highlighted in the subsequent Commission Communication [COM\(2005\) 532](#) final of 25.10.2005. As far as corporate taxation is concerned, the Commission confirmed its policy to provide companies operating in the single market with a [common tax base](#).

## Direct taxation

Unlike indirect taxes, the EC Treaty does not specifically call for direct taxes (income and corporate taxes) to be harmonised. However, Article 94 of the [EC Treaty](#) provides for approximation of such laws, regulations or administrative provisions of the Member States as directly affect the establishment or functioning of the common market. In any event, national tax rules must respect [the fundamental freedoms provided for the EC Treaty](#).

Since the founding of the European Communities, company taxation has received particular attention as an important element for the establishment and the completion of the Internal Market.

Studies like the Neumark Report of 1962 and the Tempel Report of 1970 were followed by a number of initiatives designed to achieve a limited degree of harmonisation of the corporate tax system. The Commission presented a proposal for a directive in 1975 and two, focussed more on loss compensation, in 1984 and 1985. Those were later withdrawn. A draft proposal of 1988 for the harmonisation of the tax base of enterprises was never tabled, due to the reluctance of most Member States. However, EU Member States did early on accept that economic integration will require greater cooperation in the field of tax collection, and Council Directive 77/799/EEC provides for [mutual assistance between national tax authorities](#).

In 1990 the Commission asked a Committee of independent experts chaired by former Dutch Finance Minister Onno Ruding to examine whether differences in corporation tax caused

distortions in the Internal Market, particularly as regards investment decisions and competition, and to suggest ways of overcoming this problem. The Committee made specific recommendations (*see Report of the Committee of Independent Experts on Company Taxation, Commission of the European Communities , Official Publications of the EC, ISBN 92-826-4277-1, March 1992*). The need to eliminate double taxation, ensure effective taxation and prevent tax evasion was recognised by the Council, but there was little progress on some of the more concrete proposals contained in the "Ruding" report.

Recognising the lack of success in progressing existing initiatives, the Commission Communication on company taxation in 1990 (SEC(90) 601) suggested that, subject to the principle of subsidiarity, all initiatives should be defined through a consultative process with the Member States.



On that basis, following Commission proposals which originated in the late 1960s, three measures - two directives and a convention - were finally adopted in July 1990 the [Merger Directive 90/434/EEC](#), the [Parent-Subsidiary Directive 90/435/EEC](#) and the [Arbitration Convention 90/436/EEC](#).

A proposal on loss-offset cross-border in the Council ([COM\(90\) 595](#)) has been withdrawn because a revised proposal is forthcoming. In 1994, the Commission withdrew a first proposal aimed at abolishing withholding taxes levied on cross-border [interest and royalty payments](#) between associated companies of different Member States, presenting a new one in 1998 which has since been adopted.

The 1990 approach was developed further in 1996/1997 in a Commission Communication ([COM\(97\) 495](#) of 01/10/1997). The 'tax package', and notably the Code of Conduct for business taxation, have introduced a new dimension to the discussion.

The Single-Market driven approach was supplemented with the objectives of stabilising Member States' revenues and promoting employment which are now taken up and re-assessed in the [2001 Communication](#) on the priorities of EU tax policy. In 1999/2000 the Council, in order to supplement the ongoing work on the 'tax package' which had been agreed by EU Finance Ministers in December 1997, requested the Commission to carry out the comprehensive study on company taxation referred to above.

## Code of Conduct

The Code of Conduct for business taxation was set out in the conclusions of the Council of Economics and Finance Ministers (ECOFIN) of 1 December 1997. The text of these [conclusions \(pdf 369 Kb\)](#)  (369 Kb) .

The Code is not a legally binding instrument but it clearly does have political force. By adopting this Code, the Member States have undertaken to

- roll back existing tax measures that constitute harmful tax competition and
- refrain from introducing any such measures in the future ("standstill").

The Council, when adopting the Code, acknowledged the positive effects of fair competition, which can indeed be beneficial. Mindful of this, the Code was specifically designed to detect only such measures which unduly affect the location of business activity in the Community by being targeted merely at non-residents and by providing them with a more favourable tax treatment than that which is generally available in the Member State concerned. For the

purpose of identifying such harmful measures the Code sets out the criteria against which any potentially harmful measures are to be tested.


The Code of Conduct requires Member States to refrain from introducing any new harmful tax measures ("standstill") and amend any laws or practices that are deemed to be harmful in respect of the principles of the Code ("rollback"). The code covers tax measures (legislative, regulatory and administrative) which have, or may have, a significant impact on the location of business in the Union.

The criteria for identifying potentially harmful measures include:

- an effective level of taxation which is significantly lower than the general level of taxation in the country concerned;
- tax benefits reserved for non-residents;
- tax incentives for activities which are isolated from the domestic economy and therefore have no impact on the national tax base;
- granting of tax advantages even in the absence of any real economic activity;
- the basis of profit determination for companies in a multinational group departs from internationally accepted rules, in particular those approved by the OECD;
- lack of transparency.

The EU's Finance Ministers established the Code of Conduct Group (Business Taxation) at a Council meeting on 9 March 1998, under the chairmanship of UK Paymaster General Dawn Primarolo, to assess the tax measures that may fall within the scope of the Code of Conduct for business taxation.

In a report of November 1999 the Group identified 66 tax measures with harmful features (40 in EU Member States, 3 in Gibraltar and 23 in dependent or associated territories).

[The text of this report \(pdf 799 Kb\)](#)  (799 Kb) .

Member States and their dependent and associated territories have now introduced or are in the process of introducing revised or replacement measures in substitution for the 66 measures.

For beneficiaries of those regimes on or before 31/12/2000, a "grand-fathering" clause has been provided under which benefits have to lapse no later than 31/12/2005, independently of whether or not they were granted for a fixed period. Some extensions of benefits for defined periods of time beyond 2005 have been agreed for measures in Member States and their dependent and associated territories.

Since then, the Code of Conduct Group has been monitoring standstill and the implementation of rollback and reported regularly to the Council.

## **OECD - Harmful tax practices**

Following a report in 1998 ("Harmful Tax Competition: An Emerging Global Issue") the OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) created a special forum, "Forum on Harmful Tax Practices".

To end harmful tax practices the work of the Forum has focussed on three areas:

- Harmful tax practices in Member Countries;
- Tax havens;
- Involving non-OECD economies.

The Forum has produced three progress reports. Furthermore, together with cooperative tax havens the Forum has produced a "Model Tax Agreement on Exchange of Information in Tax Matters".

All relevant information (including reports) on this work is available on [this website](#).

### **Other EU work related to harmful tax practices**

In September 2004 the Commission adopted a Communication on Preventing and Combating Financial and Corporate Malpractice ([COM \(2004\) 611](#)), which provides a strategy for co-ordinated action in the financial services, company law, accounting, tax, supervision and enforcement areas, to reduce the risk of financial malpractice (see press release [IP/04/1164](#)). In the tax field, the Commission suggests more transparency and information exchange in the company tax area so that tax systems are better able to deal with complex corporate structures. The Commission also wishes to ensure coherent EU policies concerning offshore financial centres, to encourage these jurisdictions also to move towards transparency and effective exchange of information.

The Commission on 28 April 2009 adopted a Communication identifying actions that EU Member States should take to promote "**good governance**" in the tax area (i.e. more transparency, exchange of information and fair tax competition). The Communication identifies how good governance could be improved within the EU. It also lists the tools the EU and its Member States have at their disposal to ensure that good governance principles are applied at international level. Finally, it calls on Member States to adopt an approach that is more coherent with good governance principles in their bilateral relations with third countries and in international fora. The Communication builds on the existing EU policy on good governance and the 2 April G20 conclusions concerning uncooperative tax jurisdictions. See the [Communication](#) and the press release ([IP/09/650](#)).

### **Fiscal State Aid**

As part of the commitment in the Code of conduct on business taxation (cf. paragraph J of the Code) the Commission committed itself to publishing guidelines on the application of the State Aid rules to measures relating to direct business taxation - these were adopted by the Commission on 11 November 1998 (see [Commission notice 98/C 384/03](#) in *Official Journal C 384 of 10/12/1998 p. 3*).

The latest [Commission report](#) on the action taken by it in the field of tax aid was adopted by the Commission on 9 February 2004.

### **Background:**

The tax systems in Member States also have to be in line with Community State aid rules. According to Article 87, paragraph 1 of the EC Treaty any aid granted by a Member State or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort

competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Member States, be incompatible with the common market. State aid rules apply regardless of the form the aid is given in, i.e. any kind of tax relief can constitute State aid if the other criteria are fulfilled.

However, even if a measure fulfils the criteria for being State aid there are a number of situations where an aid can be deemed as compatible State aid (cf. Article 87, paragraphs 2 and 3 of the EC Treaty). Furthermore, the Commission has issued a large number of regulations, notices, guidelines, frameworks and communications in the area of State aid. In particular, in the area of direct taxation the Commission has issued a notice on the application of State aid rules to measures relating to direct business taxation in 1998 and a report from 2004 on the implementation of that notice (see link below to the website of the Directorate-General for Competition).

It is the Directorate-General for Competition that is mainly responsible for State aid (including most tax measures). However, in cases falling under the competence of the Directorate-General for Agriculture, Fisheries or Energy and Transport those directorates are responsible. Questions concerning specific cases should therefore be asked directly to those directorates.

# Descriptions of Listed Measures

## i) Member States

A001 Co-ordination Centres Belgium  
A002 Distribution Centres Belgium  
A003 Service Centres Belgium  
A004 Basque Country Co-ordination Centres Spain  
A005 Navarra Co-ordination Centres Spain  
A006 Headquarters and Logistic Centres France  
A007 Co-ordination Centres Luxembourg  
A008 Cost Plus Ruling Netherlands  
A009 Resale Minus Ruling Netherlands  
A010 Intra-Group Finance Activities Netherlands  
A011 Holding Companies (ETVE) Spain  
A012 Royalty Income - Patents France  
A013 1929 Holding Companies Luxembourg  
A014 Holding Companies Netherlands  
A015 Royalties Netherlands  
A016 International Headquarters Companies United Kingdom  
AAM002b Holdings (Schachtelbegünstigung - Intra-Group Relief) Austria  
AAM008 Private Foundations (Stiftungen) Austria  
AAM010 Holdings Belgium  
AAM019 Control- and Co-ordination Centres of Foreign Companies in Germany Germany  
AAM020 Holding Companies Germany  
AAM021 Holding Companies Denmark  
AAM052 Holding companies with shareholdings in foreign companies. France  
AAM108 Application of the parent company/subsidiary system to resident companies with share capital (commonly known as SOPARFI).  
Luxembourg  
AAM114 Holding Companies (SGPS) Portugal  
B001 The International Financial Services Centre (Dublin) Ireland  
B002 Trieste Financial Services and Insurance Centre Italy  
B003 Luxemburg Finance Companies Luxembourg  
B004 International Financing Activities Netherlands  
B005 Finance Branch Netherlands  
B006 Madeira and Sta Maria (Azores) Free Zones Portugal  
B007 Provisions for fluctuations in reinsurance Luxembourg  
B008 Aland Islands Captive Insurance Finland  
B009 Foreign Insurance Companies Sweden  
B011 Offices of Foreign Companies under the Law 89/67 Greece  
BAM006 Certain Exemptions from Corporation Tax Austria  
BAM017 Provisions for fluctuation in insurance and re-insurance Germany  
BAM023 Banks and Finance Entities Spain  
BAM031 Business share capital companies (Law 2367/1995, Article 5) Greece  
BAM034 Long Term Loans in Foreign Currency Greece  
BAM044 Finance Centres France  
BAM061 Provisions for risks relating to medium and long term credit operations carried out by banks and credit institutions.  
France  
BAM062 Technical provisions for insurance and reinsurance undertakings. France  
BAM082 Incentives for the restructuring of the Banking Sector Italy  
BAM093 Tax Deduction for Interest on Additional Capital Contributions from Foreign Head Offices to Italian PE Italy  
BAM096 Exemption of Income on Government Securities Ireland  
BAM098 Non-resident Companies Ireland  
BAM118 Reinsurance companies Portugal  
SN 4901/99 ah EN  
(ANNEX A) DG G 24  
BAM123 Independent investment managers United Kingdom  
C001 Scheme for early depreciation of vessels Denmark  
C002 Shipping Regime - Tonnage Tax Germany  
C003 Ship Management Offices (Law 89/67 and 378/68) Greece  
C004 Shipping Regime (Law 27/75) Greece  
C005 Shipping Regime France  
C006 Shipping Regime (Tax regime for shipping companies) Italy  
C007 Shipping Regime Netherlands  
C008 Shipping Regime Portugal

C009 Ice-Class Investment Allowance Finland  
 C010 Rollover Relief on Disposal of Ships United Kingdom  
 C012 Supplementary staff assigned to scientific research and export management Belgium  
 C013 Tax Credit for Research France  
 C014 Research and Technical Development Ireland  
 C015 Credits for Investments in Energy Saving Equipment Netherlands  
 C016 Research and Development Expenses Portugal  
 C017 Calculation of Net Revenue Greece  
 C018 Audiovisual Investment Certificates Luxembourg  
 C019 Film Industry United Kingdom  
 C020 Investment Deductions Belgium  
 C021 Special Depreciation and Allowances - Agriculture and Forestry Germany  
 C022 Incentives for Mining Enterprises Spain  
 C023 Mining taxation Ireland  
 C024 10% Manufacturing Rate Ireland  
 C025 Petroleum Taxation Ireland  
 CAM007 R&D Allowance Austria  
 CAM015 Investor model/Film funds Germany  
 CAM016 Rules for Self-generated Intangibles Germany  
 CAM024 Relief for Investments in Films and Audiovisual Productions Spain  
 CAM025 Investigation and Exploitation of Hydrocarbons Spain  
 CAM027 Shipping Spain  
 CAM040 Accelerated Depreciation for Purchases of Software France  
 CAM041 Accelerated Depreciation for Energy-Saving Equipment France  
 CAM042 Accelerated Depreciation for Environmental Protection France  
 CAM046 Deduction of Cooperative Dividends France  
 CAM048 Tax Exemption of Capital Gains on the Sale of Securities of Companies Established by Special Agreement to Promote Industry, Business and Agriculture France  
 CAM049 Exemption from Corporation Tax for the Oil Storage Agency France  
 CAM050 Corporation Tax Exemption for Agricultural Cooperatives France  
 CAM058 Provisions for Renewal of Mineral Reserves France  
 CAM059 Provisions for Renewal of Oil and Gas Reserves France  
 CAM063 Press France  
 CAM065 Special Depreciation Rules for the Audiovisual Sector France  
 CAM070 Business and Industrial Real Estate Companies France  
 CAM071 Companies Authorised to Provide Energy-Saving and Heat Recovery Financing (SOFERGIE) France  
 CAM073 Exceptional Depreciation for Participating Interests in Companies Financing Non-Industrial Fishing (SOFIPECHE) France  
 CAM077 Securities in Innovation Financing Companies (SFI) France  
 CAM080 Incentives for Scientific Research Italy  
 CAM094 Film Ireland  
 CAM097 Investments in renewable energy projects Ireland  
 CAM101 Tax Exemption for Profit/Gain from the occupation of woodlands Ireland  
 CAM106 Depreciation of equipment and tools used solely for scientific or technical research operations. Luxembourg  
 CAM107 Shipping Regime Luxembourg  
 CAM110 Film Industry Netherlands  
 D001 Employment (T) Zones Belgium  
 D002 Incentives for Investment in Certain Regions Belgium  
 D003 Re-conversion Zones Belgium  
 D004 Enterprise Zones Denmark  
 D005 Special Depreciation - Business Investment in Former GDR and West Berlin Germany  
 D006 Investment Grants - Equipment in Former GDR and West Berlin Germany  
 D007 Tax Advantages - Commercial Investment in FRG/GDR Border Area Germany  
 D008 Canary Islands REF Spain  
**SN 4901/99 ah EN**  
**(ANNEX A) DG G 25**  
 D009 Basque Country - Start Up Relief Spain  
 D010 Navarra - Start Up Relief Spain  
 D011 Regional Development Companies Spain  
 D012 Corsica Incentive Regimes I, II, III France  
 D013 Tax Free Zones - ZFU France  
 D014 Enterprise Zones France  
 D015 Overseas Départements (OD) France  
 D016 Nord-Pas de Calais - Privileged Investment Zone France



D017 Shannon Airport Zone (SAZ) Ireland  
 D018 New Investments - Buildings in Run-down Urban Areas Ireland  
 D019 Accelerated Depreciation of new buildings in certain regions Netherlands  
 D020 Accelerated Depreciation; Investments in Developing Regions Finland  
 D021 Enterprise Zones United Kingdom  
 D022 SMEs in Northern Ireland United Kingdom  
 DAM022 50% Profit Exemption in Ceuta & Melilla Spain  
 DAM043 Exceptional Depreciation for Buildings Constructed under Urban and Rural Planning Arrangements France  
 DAM086 Regional Incentives South of Italy Mezzogiorno Italy  
 DAM115 Industrial Free Zones Portugal  
 E001 US Foreign Sales Companies Ruling Belgium  
 E002 Informal Capital Ruling Belgium  
 E003 US Foreign Sales Companies Ruling Netherlands  
 E004 Informal Capital Ruling Netherlands  
 E005 Foreign Business Operations Relief Denmark  
 E006 Benefice Mondial and Benefice Consolide France  
 E007 Foreign Income Ireland  
 E008 Newly Created Companies France  
 E009 Tax Holidays for New Businesses Luxembourg  
 E010 Special Depreciation for SMEs Germany  
 E011 Incentives for SMEs Spain  
 E012 Micro and Small Enterprises Portugal  
 E013 Special Scheme for Accelerated Depreciation United Kingdom  
 E014 Scheme for Early Depreciation of Certain Assets Denmark  
 E015 Incentives for Investment. (Law 2601/98 ex 1892/90) Greece  
 E016 Investments Tax Credits Spain  
 E017 Special Depreciation Arrangements for Assets Intended for Environmental Protection and Energy Saving, and for Assets Adjusting Work Places for Disabled Workers Luxembourg  
 E018 Investment Allowance Netherlands  
 E019 Tax Incentives for Contractual Investment Portugal  
 E020 Tax Credit for Investment Portugal  
 E022 Rollover of Capital Gains Germany  
 E023 Reinvested Capital Gains Portugal  
 E024 Small Islands Income Tax Reduction Greece  
 E025 St Martin and St Barthelemy France  
 E026 Mutual Funds / Portfolio Investment Companies Greece  
 E027 Venture Capital Funds and Companies Spain  
 E028 Venture Capital Companies France  
 E029 Participation Fund Companies Austria  
 E030 Investment Companies Sweden  
 E031 Limits on Taxes on Commercial Income Germany  
 E033 Representative Office Spain  
 E034 Tax Credits for Job-creating Investment France  
 E035 Tax Credits for Staff Training Costs France  
 E036 Listed Companies - Reduced Rates Italy  
 E037 SGII Companies Portugal  
 E038 SCR, SDR and SFE Companies Portugal  
 EAM004 Investment Allowance Austria  
 EAM009 Tax Exemptions Austria  
 EAM011 Investment Funds Belgium  
 EAM033 Large Scale Productline Investments Financed with Foreign Capital Greece  
 EAM035 National Infrastructure Greece  
 EAM045 Tax Credit for Membership of a 'groupement de prevention agree' France  
 EAM051 Exemption from Corporation Tax on takeover of ailing companies France  
 EAM053 Legal Persons Liable for Corporation Tax whose Objects are to Transfer Use and Benefit of Movable or Immovable Property to its Members Free of Charge France

SN 4901/99 ah EN

(ANNEX A) DG G 26

EAM054 Distribution by Certain Companies of Capital Gains Arising on Liquidation France  
 EAM055 Provisions to Cover Price Increases France  
 EAM056 Provision for Setting up Foreign Branches France  
 EAM057 Provision for Employee Start-Up Loans France  
 EAM060 Provisions for Risks Relating to Medium-Term Credit Transactions by Firms Carrying Out Works or Selling Abroad

France

EAM064 Regime for Long-Term Capital Gains on FCPR and SCR Securities France

EAM066 Carryover of Losses on Merger (Consent) France

EAM067 Deferred Taxation in the Event of Merger and Partial Asset Transfer France

EAM068 Authorised Telecom Financing Companies France

EAM069 Investment Companies France

EAM074 Reduced rate of 19% on Reinvested SME Profits France

EAM078 Dual Income Tax Italy

EAM083 IRAP Exemptions Italy

EAM085 Regime for small and medium-sized enterprises Italy

EAM088 Special Depreciation Regime Italy

EAM089 Special Regime for Investment Funds Italy

EAM090 Substitute Tax Regime for Corporate Reorganisations Italy

EAM091 Tax Advantages for Certain Trade and Commercial Activities Italy

EAM100 Specified Collective Investment Undertakings Ireland

EAM103 Investment Funds Luxembourg

EAM109 Venture Capital Investment Certificates Luxembourg

EAM112 Accelerated Depreciation Portugal

EAM116 Investment Funds Portugal

EAM121 Tax Allocation Reserve of 20% Sweden

EAM122 Scientific research allowances United Kingdom

Z001 Measure aimed at determining the level of taxation of foreign companies operating in Belgium, without legal personality or probative accounts.

Belgium

Z002 Finance Branches Luxembourg

Z003 Non-standard rulings (including Greenfield-rulings) Netherlands

Z004 Cost Plus Rulings United Kingdom

## **ii) European territories for whose external relations a Member State is responsible under**

### **Article 299.4 of the EC Treaty**

A017 Gibraltar 1992 Companies UK: Gibraltar

B010 Captive Insurance Companies UK: Gibraltar

B012 Exempt (offshore) Companies and Captive Insurance UK: Gibraltar

B013 Qualifying (offshore) Companies and Captive Insurance UK: Gibraltar

C011 Shipping and Aviation UK: Gibraltar

E021 Development Incentives UK: Gibraltar

### **iii) Dependent or Associated Territories**

F001 Deduction for Investment in Mineral Processing Greenland

F002 Surcharge Exemption for Raw materials Concession Holders Greenland

F003 - Faroe Islands

F004 Temporary exemption for agriculture, fisheries and craft industries New Caledonia

F005 Legal certainty New Caledonia

F006 Limited taxation on certain rental income. New Caledonia

F007 Temporary exemption for the hotel and tourist industry. New Caledonia

F008 Deduction for productive investment. New Caledonia

F009 Share in the subscribed capital of certain companies. New Caledonia

F010 Exemption for investment. French Polynesia

F011 Exemption from trading tax and allowances Wallis and Futuna

Islands

F012 - French Southern &

Antarctic Territories

**SN 4901/99 ah EN**

**(ANNEX A) DG G 27**

F013 Temporary exemption from corporation tax Mayotte

F014 Deductions for productive investments Mayotte

F015 Share in the subscribed capital of certain companies Mayotte

F016 Temporary Exemption for Certain Sectors Saint-Pierre and

Miquelon

F017 Partial Exemption from Distribution Tax Saint-Pierre and

Miquelon

F018 Deduction for Productive Investment Saint-Pierre and

Miquelon

F019 Share in the Subscribed Capital of Certain Companies Saint-Pierre and

Miquelon

F020 Offshore Companies Netherlands Antilles

F021 New Businesses Netherlands Antilles  
 F022 Mutual Funds Netherlands Antilles  
 F023 Captive Insurance Netherlands Antilles  
 F024 Free Zones Netherlands Antilles  
 F025 Rulings Netherlands Antilles  
 F026 Shipping and Air Transport Netherlands Antilles  
 F027 Offshore Companies Aruba  
 F028 Exempt Companies (AVVs) Aruba  
 F029 Tax Exemptions and Holidays for New Businesses Aruba  
 F030 Free Zones Aruba  
 F031 Rulings Aruba  
 F032 Captive Insurance Aruba  
 F033 Shipping and Air Transport Aruba  
 F034 - East Timor  
 F035 Offshore Banking Macao  
 F036 - Anguilla  
 F037 Exempt Companies Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F038 International Loan Business Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F039 Unit Trusts and Collective Investment Funds Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F040 International Bodies Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F041 Captive Insurance Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F042 Offshore Insurance Companies Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F043 Insurance Companies Bailiwick of Guernsey  
 (including Alderney)  
 F044 - Sark  
 F045 Tax Exempt Companies Bailiwick of Jersey  
 F046 International Treasury Operations Bailiwick of Jersey  
 F047 International Business Companies Bailiwick of Jersey  
 F048 Captive Insurance Companies Bailiwick of Jersey  
 F049 Tax Exemption Guarantee Bermuda  
 F050 - British Antarctic  
 Territory  
 F051 - British Indian Ocean  
 Territory  
 F052 Arising and Remittance Basis British Virgin Islands  
 F053 1% Rate British Virgin Islands  
 F054 "Pioneer" Industry Exemption British Virgin Islands  
 F055 Exemption for new hotels British Virgin Islands  
 F056 International Business Companies British Virgin Islands  
 F057 Tax Exemption Guarantee Cayman Islands  
 F058 Tax Holidays Falkland Islands  
 F059 Free Depreciation and Balancing Charges on Ships Isle of Man  
 F060 Special Depreciation for Tourist Premises Isle of Man  
 F061 International Business Companies Isle of Man  
 F062 Exemption for Non-resident Companies Isle of Man  
**SN 4901/99 ah EN**  
**(ANNEX A) DG G 28**  
 F063 Exempt Insurance Companies Isle of Man  
 F064 Tax Holidays for Industrial Undertakings Isle of Man  
 F065 International Loan Business Isle of Man  
 F066 Offshore Banking Business Isle of Man  
 F067 Fund Management Isle of Man  
 F068 Exempt Public Companies Isle of Man  
 F069 Film Industry Tax Credits Isle of Man  
 F070 Reduced Tax Rate for Industrial and Offshore Companies Montserrat  
 F071 International Business Companies Montserrat  
 F072 Tax Holidays for Approved Enterprises Montserrat  
 F073 Exemption for new hotels Montserrat  
 F074 - Pitcairn Island  
 F075 Tax Holidays St Helena and

dependencies  
F076 150% Deductions St Helena and  
dependencies  
F077 - South Georgia & South  
Sandwich Islands  
F078 Tax Exemption Guarantee Turks and Caicos  
Islands  
F079 - UK Sovereign Base  
Areas of Akrotiri and  
Dhekelia in Cyprus